

Corona-Plan für Südbaden

Leitantrag für den digitalen Bezirkstag der JU Südbaden am 31.10.2020

Die Corona-Pandemie hat alle Bereiche unseres täglichen Lebens durcheinandergebracht. Gerade bei uns in Südbaden mit unserer Grenzlage haben wir die Auswirkungen des Virus besonders zu spüren bekommen. Wir freuen uns, dass es gerade die Union ist, der die Bevölkerung in der Krise die besten Lösungen für die Zukunft zutraut. Dies ist für uns aber nicht nur Grund zur Freude, gleichzeitig wissen wir auch, dass dies eine große Verantwortung mit sich bringt. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, wollen wir mit diesem Corona-Plan unsere Antworten darauf geben, welche Weichen wir jetzt für eine erfolgreiche Zukunft Südbadens, Deutschlands und Europas stellen müssen und wie wir uns noch besser auf zukünftige Krisen vorbereiten können.

1. Automatische Folgen der pandemischen Notlage

Zu Beginn der Pandemie wusste niemand, welche ökonomischen Auswirkungen der Virus und der Lockdown haben würden. Zwar war es gerade die Union, die hier darauf hingewirkt hat, hohe und schnelle Hilfen zur Verfügung zu stellen. Allerdings ist es in einer solchen Situation nahezu erwartbar, dass nicht alle Betroffenen gleichermaßen bedacht werden. So glichen die Förderprogramme zunächst einem Flickenteppich, bei dem jede Woche eine neue Gruppe auftauchte, die vermeintlich vergessen worden war. Um eine solche Situation in Zukunft zu verhindern, müssen die in Kraft tretenden finanziellen Hilfen im Vorhinein festgelegt werden. Im Falle der Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite im Sinne des § 5 IfSG würden diese Hilfen dann automatisch für eine Übergangszeit von 2 – 3 Monaten in Kraft treten. Diese Übergangszeit könnte dann genutzt werden, um ein passgenaues Hilfsregime für die jeweilige Situation zu entwickeln.

Das Ziel hinter einem solchen Übergangsregime muss sein, eine flächendeckende Überschuldung der kompletten Wirtschaft zu verhindern. Anders als in der Corona-Pandemie sollte hier nicht mit Stundungen und Kündigungsausschlüssen gearbeitet werden. Vielmehr sollte dafür gesorgt werden, dass möglichst viele Personen weiter in der Lage sind, ihre Verbindlichkeiten zu bedienen. Daher sollte dieses Regime eine Aufstockung des Kurzarbeitergeldes beinhalten, um die abhängig beschäftigte Bevölkerung abzusichern. Auf der anderen Seite sollten Selbständigen und Unternehmen für den Übergangszeitraum monatliche Hilfen gewährt werden, die sich am Vorjahresumsatz orientieren und die spätestens mit der Steuerklärung zurückzuzahlen sind, wenn sie nicht gebraucht wurden. So könnten schnelle und unbürokratische Hilfen realisiert werden, ohne dass bestimmte Branchen oder Konzerne bevorzugt würden. Außerdem würden sich die

39 Unternehmen nicht verschulden und der Staat würde nicht als Unternehmer in die Wirtschaft
40 eingreifen.

41

42 2. Keine Aussetzung der Insolvenzantragspflicht

43

44 Wir stellen uns klar gegen die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht. Hierdurch werden
45 Unternehmen auf dem Markt gehalten, die auch ohne Corona schon in die Insolvenz hätten gehen
46 müssen. Die Gefahren, die dadurch für unsere gesamte Volkswirtschaft geschaffen werden, stehen
47 für uns in keinem Verhältnis zu dem Ziel, Unternehmen zu retten, die nur wegen Corona in eine
48 prekäre Lage gekommen sind. Dies wäre auch möglich, wenn die Insolvenzantragspflicht nicht
49 ausgesetzt worden wäre. Das Insolvenzverfahren dient gerade dazu, zahlungsunfähigen oder
50 überschuldeten Unternehmen unter die Arme zu greifen. Ziel des Insolvenzverwalters ist es
51 regelmäßig, das Unternehmen wieder wettbewerbsfähig zu machen. Wir fordern daher, die
52 Aussetzung der Insolvenzantragspflicht nicht über den 31.12.2020 hinaus zu verlängern. Mit der
53 erneuten Verlängerung bis zu diesem Termin wurde schon genug Schaden angerichtet.

54

55 3. Bessere Möglichkeiten zum Verlustrücktrag

56

57 Wir begrüßen die besseren Möglichkeiten zum steuerlichen Verlustrücktrag, die in Folge der
58 Corona-Pandemie eingeführt worden sind. So können nun max. 5 Mio. EUR Verlust mit dem
59 Vorjahresgewinn verrechnet werden (§ 10d Abs. 1 S. 1 EstG), statt zuvor 1 Mio. EUR (10 Mio. EUR
60 statt 2 Mio. EUR bei gemeinsam veranlagten Ehegatten). Dadurch erlangen viele Unternehmen eine
61 Liquiditätsspritze aus Geld, das ihnen eh früher oder später zugestanden hätte. Wir fordern die
62 Bundesregierung dazu auf, die Auswirkungen dieser Maßnahme zu überprüfen und bei Erfolg auch
63 in Nichtkrisenzeiten eine bessere Möglichkeit zum Verlustrücktrag zu schaffen.

64

65 4. Verbesserung des kommunalen Katastrophenschutzes

66

67 Wenn uns die Corona-Krise eine Sache gezeigt hat, dann dass wir den Katastrophenschutz seit dem
68 Fall der Berliner Mauer zu sehr vernachlässigt haben. Katastrophenschutz muss zwar überregional
69 koordiniert werden, ist aber eine zutiefst kommunale Aufgabe. Hier gilt es, flächendeckend die
70 Notfallpläne zu aktualisieren und regelmäßig zu überprüfen. Dabei muss auch sichergestellt sein,
71 dass es regionale Vorratshaltung gibt, um die Bevölkerung im Katastrophenfall ausreichend
72 versorgen zu können. Zudem müssen regelmäßige Katastrophenübungen stattfinden, um für die
73 Abläufe in der Verwaltung und in der Bevölkerung eine Routine zu entwickeln und dies zu
74 optimieren. Dies darf sich nicht mit einem regelmäßig stattfindenden Warntag erledigt haben. Dazu
75 gehört auch und vor allem eine Ausbildung von Katastrophen Helfern bereits in der Schule. Zudem

76 sprechen wir uns für den Ausbau der Sirenenanlagen aus und fordern eine bundeseinheitliche
77 Regelung zu den Signaltönen, um hier eine effektivere Warnung zu ermöglichen.

78

79 5. Vereine unterstützen

80

81 Eine der wichtigsten Stützen unserer Gemeinschaft ist das reiche Vereinsleben in unseren
82 Heimatgemeinden. Gleichzeitig sind es gerade diese Vereine, die mit am Stärksten unter den Folgen
83 der Pandemie zu leiden haben. Monatelange gezwungene Passivität darf jedoch nicht dazu führen,
84 dass dieser wichtige Teil unserer heimischen Kultur verloren geht. Wir fordern daher
85 unbürokratische finanzielle Hilfen für alle nicht-wirtschaftlichen Vereine, um diejenigen zu
86 unterstützen, denen beispielsweise durch die ausgefallenen Sommer- und Weinfeste und durch die
87 vielerorts jetzt schon abgesagte Fastnacht 2021 ihre größte und oftmals einzige Einnahmequelle
88 weggefallen ist, aus der sich die Aktivitäten im restlichen Jahr finanzieren. Zudem müssen die
89 bürokratischen Hürden für die Vereine, coronakonforme Veranstaltungen abzuhalten, möglichst
90 weit gesenkt werden. Dies kann zum Beispiel durch die Bereitstellung von Musterhygienekonzepten
91 geschehen, an denen sich die Vereine für ihre Veranstaltungen orientieren können. Außerdem muss
92 der Gefahr begegnet werden, dass Jugendliche während Corona nicht so gut in Kontakt mit Vereinen
93 kommen können. Um den Vereinen auch künftig den Nachwuchs sicherstellen zu können, müssen
94 vermehrt Kooperationen mit Schulen eingegangen werden, die auf die Besonderheiten vor Ort
95 Rücksicht nehmen.

96

97 6. Prävention vor Rentabilität

98

99 Das deutsche Gesundheitssystem hat in der Corona-Krise seine Stärken deutlich gezeigt. Bilder wie
100 in Italien sind uns erspart geblieben. Auch eine Überforderung wie die des NHS in Großbritannien
101 mussten wir nicht erleben. Damit das auch bei zukünftigen Krisen der Fall ist, muss das
102 Gesundheitssystem immer für den Katastrophenfall ausgestattet sein, selbst wenn das im
103 Normalbetrieb nicht rentabel sein sollte. Dies bedeutet für uns auch, dass im Pandemiefall so viel
104 Kapazität vorhanden ist, dass planbare Operationen nicht verschoben werden müssen.

105

106 7. Europäische Kapazitäten für systemrelevante Produkte aufbauen

107

108 Zu einer solchen Prävention gehört auch die Möglichkeit, systemrelevante Produkte schnell
109 herstellen zu können. Gerade zu Beginn der Krise haben wir gesehen, dass systemrelevante Produkte
110 in ganz Europa zur Mangelware geworden sind und sich Russland und China in Teilen der EU als
111 große Retter inszenieren konnten. Dies darf in Zukunft nicht erneut passieren. Wir müssen dafür
112 sorgen, dass wir genügend europäische Produktionskapazitäten für krisenrelevante Produkte

113 aufbauen. Hierbei kommt der Europäischen Kommission eine entscheidende Koordinierungsrolle zu.
114 Wir fordern sie deshalb dazu auf, einen Plan zu erstellen, wie in Zukunft solche Engpässe besser
115 vermieden werden können.

116

117 8. Laborkapazitäten flexibler nutzen

118

119 Auch die Kapazitäten unserer Labore müssen in künftigen Krisen besser genutzt werden. Die
120 Teststrategie ist einer der Schlüssel, um die Pandemie möglichst glimpflich überstehen zu können.
121 Dabei geraten die Labore derzeit bereits an ihre Kapazitätsgrenzen. Deshalb müssen in solchen
122 Situationen sämtliche Laborkapazitäten, die verfügbar sind, mobilisiert werden. Dazu gehören auch
123 Hilfen durch Veterinärlabore. Wir fordern deshalb, die gesetzlichen Grundlagen für eine Testung
124 auch durch solche Labore zu schaffen.

125

126 9. Reisen in Risikogebiete nicht subventionieren

127

128 Wir fordern, Reisen in bereits vor Antritt der Reise bekannte Risikogebiete nicht zu subventionieren.
129 Rückkehrer aus solchen Gebieten sollen daher selbst für die Kosten ihrer Corona-Tests aufkommen.
130 Wer sehenden Auges in ein Risikogebiet fährt, muss anschließend auch diese Kosten tragen und darf
131 diese nicht der Solidargemeinschaft, und damit denjenigen, die auf Reisen verzichten, auferlegen.

132

133 10. Deutschland digitaler machen

134

135 Deutschland muss digitaler werden. Digitalisierung bedeutet aber nicht nur, die Netze endlich
136 auszubauen, sodass wirklich jeder Schwarzwaldhof schnelles Internet hat. Digitalisierung bedeutet
137 auch und vor allem, dass wir unsere gesamte Infrastruktur und unsere gewohnten Abläufe an ein
138 neues Zeitalter anpassen. Dabei ist für uns immer klar, dass wir den Aspekt der Cybersicherheit
139 mitbedenken. Hierfür bedarf es in Zukunft noch mehr und besser geschultes Personal in der Bundes-
140 und den Landesverwaltungen. Unverständlich ist für uns aber, wenn im Jahr 2020 Testergebnisse für
141 Corona-Tests tagelang auf sich warten lassen, weil die händisch ausgefüllten Formulare erst noch
142 digitalisiert werden müssen. Dabei ist dieser Umstand nur ein Symptom für unsere analoge
143 Verwaltung. Wir fordern Bund und Länder deshalb dazu auf, bis Mitte dieses Jahrzehnts ein
144 einheitliches Bürgerportal zu entwickeln, über das man mit der online-Funktion des
145 Personalausweises problemlos von zu Hause aus mit sämtlichen Verwaltungsstellen im gesamten
146 Bundesgebiet in Kontakt treten kann. Gleichzeitig müssen wir die Möglichkeit für alle Verfassungs-
147 und Verwaltungsorgane, sowie für Parteien schaffen, digital zu tagen und Beschlüsse zu fassen,
148 wenn dies mit Präsenz nicht möglich ist. Wir fordern deshalb, die entsprechenden bundes- und
149 landesgesetzlichen Regelungen für die Verfassungsorgane, sowie die GemO und das ParteiG

150 entsprechend anzupassen. Dies ist erforderlich, um das Funktionieren unseres Staates auch in solch
151 ungewohnten Zeiten sicherzustellen. Nur wenn wir auch dann entscheidungsfähig sind, können wir
152 den Feinden unserer Demokratie etwas entgegensetzen. Geheime Wahlen sollen jedoch nicht digital
153 stattfinden, um eine Nachvollziehbarkeit zu erhalten und die Fälschungssicherheit sicherzustellen.
154 Digitale Tagungen können jedoch durch Briefwahlen unterstützt werden.

155

156 11. Schwarze Null bewahren

157

158 Die schwarze Null ist DER Erfolgsfaktor für Deutschland, um erfolgreich durch die Krise zu kommen.
159 Nur durch das gesunde Wirtschaften in den vergangenen Jahren ist es uns gelungen, genügend
160 finanzielle Reserven zu haben, um im Krisenfall mit voller Kraft helfen zu können. Es ist auch richtig,
161 dass in dieser Situation neue Schulden aufgenommen wurden. Dabei wurde die Schwarze Null auch
162 nicht außer Kraft gesetzt. Im Gegenteil – sie war schon immer dazu gedacht, uns in Notfällen die
163 Möglichkeiten an die Hand zu geben derart zu verfahren. Die neuen Schulden dürfen jedoch nicht
164 dazu führen, dass Schuldenmachen auch außerhalb der Krise wieder zum Normalfall wird. Wir
165 fordern daher, die durch Corona bedingten Schulden auf ein nötiges Mindestmaß zu begrenzen und
166 spätestens für das Jahr 2022 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

167

168 12. Mehr Investitionen – weniger Konsum

169

170 Leider haben sich die öffentlichen Ausgaben in den letzten Jahren zulasten der Investitionen immer
171 mehr in den Konsumbereich verschoben. Hierdurch wurde ein Investitionsstau verursacht, der nicht
172 zuletzt im Zustand der deutschen Infrastruktur sichtbar wird. Im aktuellen Haushaltsjahr sind mehr
173 als 50 % der Ausgaben des Bundes im Bereich „Soziale Sicherung, Familie und Jugend,
174 Arbeitsmarktpolitik“ geplant. Gleichzeitig sollen die Ausgaben nach dem Finanzplan des Bundes bis
175 2024 um 25 Mrd. EUR steigen, während die Investitionsausgaben auf einem Niveau von insgesamt
176 42,9 Mrd. EUR pro Jahr stagnieren. Wir fordern deshalb ein Investitionspaket für den Bund und die
177 Länder.

178

179 13. Föderalismus und Subsidiarität stärken

180

181 Die Corona-Krise hat uns gezeigt, wie wertvoll unser föderales System ist. Gerade in pandemischen
182 Lagen kommt es darauf an, regional zu entscheiden. Während unsere französischen Nachbarn lange
183 auch in Regionen, in denen quasi kein Corona-Fall bekannt war, unter einem strikten Lockdown
184 leben mussten, hatten die deutschen Länder die Flexibilität, konkret vor Ort die sinnvollsten
185 Maßnahmen zu treffen. Es wäre nicht zu erklären, wenn die Einwohner von Schleswig-Holstein im
186 Lockdown leben müssten, weil an der Bayerisch-Österreichischen Grenze das Corona-Virus

187 grassiert. Gerade in der Pandemie hat der Föderalismus seine starke Seite gezeigt. Gleichzeitig
188 bringt uns unser föderales System einen wesentlich höheren Grundrechtsschutz. Kein Land kann
189 alleine überzogene Maßnahmen lange durchsetzen. Wir stellen uns daher klar gegen Forderungen
190 für mehr Zentralismus in Deutschland.

191

192 14. Bessere Kompetenzen für grenzüberschreitende Gremien

193

194 Gleichzeitig müssen wir uns vor Ort Gedanken für eine bessere Vernetzung auch über die Grenze
195 hinweg Gedanken machen. Dabei müssen keine Strukturen neu geschaffen werden. Vielmehr sollten
196 die bestehenden Gremien, wie beispielsweise der Distriktsrat des Trinationalen Eurodistrikts Basel
197 mit mehr Kompetenzen ausgestattet werden. Die Fragen der Gestaltung des grenzüberschreitenden
198 Zusammenlebens sollte auch und gerade in Notlagen nicht allein zwischen Berlin, Paris und Bern
199 entschieden werden, sondern auch zwischen Freiburg, Colmar und Basel.

200

201 15. Nachbesserung der Corona-Warn-App

202

203 Die Corona-Warn-App sollte dahingehend verbessert werden, dass nicht nur vor möglichen
204 Infektionen gewarnt wird, sondern gleichzeitig auch ein Überblick über die vor Ort geltenden
205 Corona-Regeln angezeigt wird. Dies sollte sowohl innerhalb Deutschlands, als auch im Ausland
206 möglich sein. Wir sehen dies als sinnvolle Ergänzung eines möglichst starken Föderalismus. Sinnvoll
207 wäre auch, möglichst viele Katastrophen-Apps zu bündeln, um dem Nutzer eine einheitliche
208 Anwendung bieten zu können. Zudem muss bei diesen Apps die Konformität mit allen geläufigen
209 Betriebssystemen auch bei Updates sichergestellt werden. Zudem müssten die europäischen
210 Staaten darauf achten, dass z.B. die Corona-Warn-Apps international kompatibel sind. Am besten
211 wäre aus unserer Sicht eine europaweite Anwendung.

212

213 16. Europaweite Nutzung von Krankenhauskapazitäten

214

215 Ein weiterer Aspekt der besseren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist die bessere Nutzung
216 unserer Krankenhauskapazitäten. Diese müssen gerade in pandemischen Situationen europaweit
217 genutzt werden. Bereits im Frühjahr wurden Corona-Patienten von EU-Nachbarn zur Intensivpflege
218 in Deutschland aufgenommen, um das Leben von Menschen zu retten und die akute Überlastung
219 der Intensivkapazitäten in den besonders betroffenen Mitgliedsstaaten zumindest teilweise
220 aufzufangen. Dies war ein guter Anfang. Allerdings muss die Europäische Kommission in Zukunft
221 noch bessere Möglichkeiten und Ressourcen haben, die grenzüberschreitenden Transporte von
222 Patienten zu koordinieren, sowie Ausrüstung und Personal den besonders betroffenen Regionen zur
223 Verfügung zu stellen. Dadurch können Menschenleben gerettet werden und eine bestmögliche

224 Behandlung aller Unionsbürger garantiert werden. Jedoch sollte für EU-Bürger kein Anspruch auf
225 ein Krankenhausbett in anderen EU-Staaten bestehen.

226

227 17. Europäische Zuständigkeit für den Grenzschutz

228

229 Genauso muss der Grenzschutz europäisch organisiert werden. Um die Vision von einem Europa
230 ohne Grenzen weiterhin leben zu können, können wir es uns nicht mehr leisten, den Schutz unserer
231 gemeinsamen Außengrenze allein in die Hände derjenigen Länder zu legen, die zufällig an dieser
232 Grenze liegen. Wenn wir eine gemeinsame Außengrenze haben, muss auch der Schutz dieser Grenze
233 gemeinsame Europäische Aufgabe sein. Wir fordern daher, Frontex zu einer wirklichen Europäischen
234 Grenzschutzbehörde mit Exekutivbefugnissen und eigenem Personal auszubauen und dieser
235 Behörde die Alleinverantwortung für den Schutz der Außengrenzen zu übertragen. Zudem müssen
236 zukünftig auch bei Schließungen von Binnengrenzen einheitliche Europäische Regeln eingehalten
237 und von der Kommission überwacht werden.

238

239 18. ÖPNV-Kapazitäten ausbauen

240

241 Gerade zu Pandemiezeiten haben Berichte über überfüllte Schulbusse für Aufregung gesorgt. Wenn
242 ein ganzer Bus voll mit Menschen ist, hilft auch das Tragen von Masken nicht mehr viel. Wir fordern
243 daher die Kommunen auf, den ÖPNV schnell flächendeckend auszubauen und zu verdichten.

244

245 19. ÖPNV möglichst berührungsarm gestalten

246

247 Gleichzeitig muss der ÖPNV möglichst berührungsarm gestaltet werden. Automatisch öffnende
248 Türen oder der bessere Einsatz von Apps zur Bezahlung von Tickets sind Möglichkeiten, die
249 Übertragungswege im ÖPNV einzudämmen. Wir können es uns nicht leisten, dass der ÖPNV
250 aufgrund von Infektionsrisiken weniger genutzt wird. Die Pandemie darf weder zur sozialen, noch
251 zur ökologischen Frage werden. Wir fordern die Träger des ÖPNV deshalb auf, alle Möglichkeiten zu
252 eruieren, wie der ÖPNV möglichst berührungsarm gestaltet werden kann.

253

254 20. Schullandschaft modernisieren

255

256 Corona hat unsere Bildungslandschaft mit zwanzig Jahren Verspätung ins neue Jahrhundert
257 katapultiert. Die Krise hat uns allen vor Augen geführt, welche Probleme unsere Schulen im digitalen
258 Zeitalter haben. Wir fordern deshalb, jede Schule in Südbaden bis spätestens 2023 mit einem
259 Breitbandanschluss zu versorgen. Dafür müssen nicht zuletzt die Förderverfahren verschlankt und
260 entbürokratisiert werden. Von den 5 Mrd. EUR des DigitalPakts Schule wurden im ersten Jahr seines

261 Bestehens gerade einmal 15 Mio. EUR abgerufen. Es ist deshalb unerlässlich, die Förderung nicht
262 länger an das Vorliegen eines pädagogischen Konzepts zu knüpfen. Diese Voraussetzung
263 überfordert derzeit viele Schulen und führt zu einem Nichtabfluss der bereitgestellten Mittel. Es
264 genügt aber nicht, die Schulen nur technisch auszustatten. Wir müssen darüber hinaus auch die
265 Lehrer mit dem nötigen Know-How versorgen. Hierfür müssen die Fortbildungskapazitäten
266 ausgebaut werden. In der Folge muss von der Grundschule bis zum beruflichen Gymnasium jede
267 Schule einen hauptamtlichen Systemadministrator erhalten. Außerdem fordern wir einen Ausbau
268 von IT-Inhalten im Unterricht, um unsere Kinder schon heute hinreichend auf eine zunehmend
269 digitale Arbeitswelt vorzubereiten.

270

271 21. Studieren auch in Pandemiezeiten ermöglichen

272

273 Corona hat aber nicht nur unsere Schulen, sondern auch unsere Universitäten und Hochschulen kalt
274 erwischt. Zwar hat die digitale Lehre hier oft besser funktioniert als in den Schulen, trotzdem ist es
275 nicht hinzunehmen, dass viele Studenten während der Hochzeit der Pandemie von wichtigen
276 Lehrmaterialien abgeschnitten waren. Hier müssen die Möglichkeiten verbessert werden, die
277 Bestände der Bibliotheken auch online einzusehen. Um künftige Krisen besser meistern zu können,
278 sind die Hochschulen aufgerufen, ebenfalls ihre Notfall- und Katastrophenpläne anzupassen und
279 durch regelmäßige Übungen zu aktualisieren und zu optimieren. Ein Augenmerk muss hier auch
280 darauf liegen, dass es Erstsemestern ermöglicht wird, ihre Kommilitonen kennenzulernen. Für den
281 sozialen Zusammenhalt in einer oftmals neuen Umgebung ist wenig so wichtig wie das frühe
282 Kennenlernen. Deshalb sollte der Fokus bei der Rückumstellung auf Präsenzlehre vor allem auf den
283 niedrigen Semestern liegen. Außerdem fordern wir, die Abnahme von Prüfungsleistungen auch in
284 diesen Zeiten fair zu gestalten. Wenn möglich sollten Klausuren daher vor Ort geschrieben werden.
285 Soweit dies nicht möglich ist, muss gleichzeitig sichergestellt sein, dass die Prüfungsleistung
286 unabhängig von der Stabilität der eigenen Internetleitung erbracht werden kann.

287

288 22. Kein Recht auf Homeoffice – Privatautonomie stärken

289

290 Nicht nur die Schul- und Hochschullandschaft der Zukunft wird digitaler sein, auch die Arbeitswelt
291 wird nach Corona eine andere sein. Wir halten trotzdem nichts von einem Rechtsanspruch auf
292 Homeoffice. Die Corona-Krise hat doch gerade gezeigt, wie flexibel die Unternehmen und
293 Arbeitnehmer sind. Wir fordern daher, die Entscheidung darüber, ob und in welchem Umfang von
294 Zuhause aus gearbeitet wird, den Vertragsparteien des Arbeitsvertrages zu überlassen. Diese
295 Privatautonomie hat sich auch während Corona bewährt. Eine staatliche Regelung wäre daher
296 überflüssig.

297

298 23. Bessere Kontrollen der Corona-Regeln

299

300 Um die Corona-Krise schnell in den Griff zu bekommen und vor allem einen zweiten Lockdown zu
301 verhindern, führt kein Weg daran vorbei, die geltenden Corona-Regeln besser zu kontrollieren. Mit
302 höheren Bußgeldern ist hier nicht geholfen, wenn keine ausreichenden Kontrollen stattfinden. Wir
303 fordern alle Ortspolizeibehörden in Südbaden daher auf, ihren Mitarbeitern die Kontrolle der
304 Corona-Regeln als höchste Priorität aufzugeben. Derzeit ist es wichtiger, z.B. regelmäßige
305 Maskenkontrollen auf stärker frequentierten Bahnhöfen durchzuführen als Falschparker zu
306 notieren. Außerdem sollte die Einhaltung der Regeln in der Gastronomie verstärkt kontrolliert
307 werden.